



Network project for the decentralised and centralised dissemination of TNP3 results and outcomes

SYNTHESEBERICHT „WEST“ (UNTERPROJEKT 2)

Fremdsprachenkenntnisse für bessere Berufsaussichten auf dem europäischen Arbeitsmarkt

Einleitung

In Kapitel 2 des Disseminationsberichts über die Erkenntnisse des TNP3-D-Projekts werden dessen wichtigste Ergebnisse im Hinblick auf vier verschiedene Aspekte dargelegt: den Wandel auf dem Arbeitsmarkt, die daraus folgenden veränderten und neu entstehenden fremdsprachlichen Anforderungen, innovative Angebote in den Curricula sowie Austausch und Kooperation zwischen Hochschulen und Stakeholdern aus der Berufswelt als Antwort auf die neuen Bedürfnisse und Empfehlungen für einen stärker berufsorientierten Fremdsprachenunterricht. Zur Veranschaulichung und Ergänzung des Disseminationsberichts bietet der vorliegende Synthesebericht für Westeuropa (Belgien, Deutschland, Frankreich, Irland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Schweiz und Vereinigtes Königreich in alphabetischer Reihenfolge) einen Überblick über einige der Partnerländer – Belgien, Frankreich, Irland, Schweiz und das Vereinigte Königreich¹. Dabei wird anhand von Beschreibungen und Beispielen deutlich, dass selbst auf einem relativ kleinen geographischen Raum mit einer weitgehend homogenen Wirtschaftssituation angesichts der verschiedenen sozio-linguistischen und kulturellen Verhältnisse durchaus Unterschiede in der Wahrnehmung des Fremdsprachenbedarfs und in den daraus resultierenden Maßnahmen bestehen.

1. Entwicklungen in Wirtschaft, Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt

Kurz zusammengefasst, wird im Disseminationsbericht aufgezeigt, dass der europäische Arbeitsmarkt heute den Einflüssen der Globalisierung und der Erweiterung der Europäischen Union (EU) selbst unterliegt, die zu einer Verlagerung arbeitsintensiver Herstellungsprozesse in Länder mit niedrigeren Arbeitskosten geführt haben. In hochqualifizierten Beschäftigungssegmenten steigt folglich die Nachfrage nach mobilen Arbeitskräften mit guten

¹ Der vorliegende Bericht wählt eine komparatistische Herangehensweise. Da jedoch nicht für alle Länder identische Daten verfügbar waren, werden in den meisten Fällen allgemeine Tendenzen dargestellt, ergänzt durch einige wenige detaillierte Statistiken.

fremdsprachlichen und interkulturellen Kompetenzen und damit wachsen auch die Forderungen nach Flexibilität, Umschulungen und Weiterqualifizierungen. Dabei betrifft die Mobilität sowohl längerfristige Aufenthalte als auch häufigere Kurzreisen. Doch wirtschaftlich bedingte Migration betrifft ebenso geringerqualifizierte Arbeitskräfte, sodass Fremdsprachenkenntnisse und interkulturelles Verständnis auch in grundlegenden Bereichen notwendig sind. Insgesamt umfasst die Wirtschaftsaktivität Handel mit Ländern sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU, zwischen großen, mittelständischen und kleinen Unternehmen, die entweder eine rein nationale oder eine multinationale Struktur haben. Allen Ländern sind Wettbewerb, Leistungsfähigkeit und Produktivität als wirtschaftliche Antriebskräfte und das damit verbundene Streben nach einer optimalen Erwerbsbeteiligungsquote gemein. Das Wirtschaftswachstum, das zurzeit in allen westeuropäischen Ländern zu beobachten ist, kommt vor allem dem Dienstleistungssektor zugute – bei einem gleichzeitigen Rückgang der Produktionsbasis. Internationaler Handel spielt dabei in allen Ländern eine zentrale Rolle. Da sich jedoch das Wirtschaftswachstum – in seiner Höhe sowie in seiner Art – und die sozio-kulturellen Verhältnisse überall unterscheiden, wirken sie sich auch auf die Wahrnehmung des potentiellen Bedarfs an Fremdsprachenfertigkeiten unterschiedlich aus.

Um im Westen zu beginnen, hat **Irland** in den vergangenen Jahren in wirtschaftlicher Hinsicht eine regelrechte Umwälzung erfahren, in deren Zuge sich das Land zu einer der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Industrieländer entwickelt hat (reales BIP-Wachstum von voraussichtlich 5,4% bei einer Arbeitslosenquote von 4,4%). Angesichts der wachsenden Zahl von Zuwanderern² hat sich das Land von einer monokulturellen zu einer immer stärker multikulturellen Gesellschaft gewandelt. Damit ist auch die Zahl der gesprochenen Sprachen deutlich gestiegen. Gleichzeitig ist im Hochschulbereich die Anzahl der Studierenden, die Fremdsprachen lernen, zurückgegangen. Während die Baubranche und der Dienstleistungssektor florieren (vor allem in den öffentlichen Diensten, dem Gesundheits- und Bildungswesen), nimmt die Beschäftigung im Hotel- und Gastgewerbe ab. In mehreren Berufen ist für die Zukunft ein Fachkräftemangel absehbar (Ingenieurwesen, Naturwissenschaften und Systemanalyse); dabei könnte ein Wachstum in diesen Bereichen dem Sprachsektor zu gute kommen. Ein zentraler Wachstumsmotor sind inzwischen ausländische Unternehmen, die auf hochqualifizierte Arbeitskräfte und fortschrittliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen angewiesen sind. Dies gilt vor allem für die Informations- und Kommunikationsbranche (IuK).

² Im Sinne der besseren Lesbarkeit werden Nomen im Folgenden gegebenenfalls nur in männlicher Form verwendet, beziehen sich aber selbstverständlich auch auf die weiblichen Formen.

Das **Vereinigte Königreich** gilt als Markt mit schwerwiegenden Problemen in Bezug auf Investitionen sowohl in Sachanlagen als auch in Arbeitskräfte. Der Kapitalaufwand wächst langsamer als in den wichtigsten konkurrierenden Ländern. Hinter Frankreich liegt das Vereinigte Königreich hier um 60%, hinter Deutschland um 32% zurück. Auch die Produktionsleistung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Arbeitskraft ist niedriger als in den vorgenannten Ländern. Wie in Irland nehmen auch im Vereinigten Königreich die Einwanderer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten und anderen Ländern eine Schlüsselrolle in der Wirtschaft ein und bereichern gleichzeitig die sprachliche und kulturelle Vielfalt. Am stärksten wachsen die Finanzbranche, der Markt für unternehmensbezogene Dienstleistungen und das Baugewerbe. Das Vereinigte Königreich gilt als einer der OECD-Mitgliedsstaaten mit dem höchsten Arbeitskräfteeinsatz (d.h. Arbeitsstunden pro Arbeitnehmer, Beschäftigungsquote und Erwerbsbeteiligung). Doch neue Beschäftigungsmuster sind im Entstehen begriffen. So haben nur 35% der Angestellten „Standard“-Arbeitszeiten (klassische 40-Stunden-Woche) und fast zwei Millionen Angestellte arbeiten als Telearbeiter von zu Hause aus. Der Export trägt etwa ein Viertel zum Volkseinkommen bei. Innerhalb von Europa ist der Anteil des Handels am BIP in etwa mit dem in Deutschland, Frankreich oder Italien vergleichbar. Tendenziell weist die Handelsbilanz des Vereinigten Königreichs ein Defizit auf, im Dienstleistungsverkehr besteht jedoch ein Überschuss. Die ausländischen Direktinvestitionen liegen auf einem relativ hohen Niveau.

Obwohl **Belgien** eines der kleinsten EU-Länder ist, ist seine Wirtschaftsleistung nicht zu vernachlässigen. Im europäischen Vergleich weisen sowohl die Produktivität als auch der materielle Wohlstand gute Werte auf. Die Staatsverschuldung ist zwar hoch, sinkt aber derzeit, doch wie viele andere europäische Länder ist auch Belgien stark von Arbeitslosigkeit betroffen (Gesamtarbeitslosenquote von 13,2%). In den drei Regionen wird jedoch ein anderes Bild sichtbar: In Flandern sind 9,4%, in der Wallonie 18,3% und in Brüssel 19,6% der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitslos. Die wichtigsten Grundlagen der nach außen sehr stark geöffneten Wirtschaft sind der Dienstleistungssektor, das Transportwesen, der Handel und die Industrie. Dabei weist das Land eine ausgeprägte Handelstätigkeit und eine starke Exportleistung auf. Auch die Banken- und Versicherungsbranche ist traditionell eng mit diesen Wirtschaftsbereichen verknüpft und in letzter Zeit gewinnt zudem der Tourismus an Bedeutung. Als Transitland und Umschlagplatz für andere EU-Länder konnte Belgien eine Reihe von ausländischen Unternehmen anziehen. Vor diesem Hintergrund sind Kenntnisse in zwei oder mehr Landessprachen äußerst wichtig. Auch Englisch spielt als *lingua franca* eine große Rolle. Ähnlich wie in anderen westeuropäischen Ländern ist auch in Belgien nur ein kleiner Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt und industrielle Prozesse wurden in Länder mit niedrigeren Arbeitslöhnen verlagert.

In **Frankreich** stagniert die Wachstumsrate trotz des europaweit allgemein günstigen Geschäftsklimas bei etwa 2%. Telekommunikation, Luftfahrt, Elektronik, Rüstungsindustrie, Schiffs- und Autobau, Baugewerbe und Bauingenieurwesen bilden die Basis der französischen Industrie. Auch Tourismus und Landwirtschaft sind in Frankreich – dem am häufigsten bereisten Land der Welt und dem führenden Produzenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der EU – wichtige Sektoren. Im Vergleich zu anderen Industrieländern (allen voran zum Vereinigten Königreich) ist das Einkommensgefälle weiterhin klein und die Armutsquote ist eine der niedrigsten weltweit. Auf der anderen Seite ist die Arbeitslosenquote für westeuropäische Verhältnisse chronisch hoch und erreicht fast zweistellige Werte.

Mehr als die Hälfte (60%) des französischen Außenhandels spielt sich innerhalb des Euroraums ab. 2006 lag das Außenhandelsdefizit bei etwa €30 Milliarden, was unter anderem auf die Exportschwäche der französischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zurückzuführen ist. Mögliche Gründe hierfür sind die zu geringen Größen der KMU und ein Mangel an Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig aber erfolgen die meisten Einstellungen in KMU: Die Mitarbeiterfluktuation erreicht in 23% der KMU 90%. Außerdem leisten KMU auch den größten Beitrag zum internationalen Geschäftsverkehr (56%). Dennoch hat die Analyse von Stellenanzeigen von KMU im Rahmen des Unterprojekts 2 des TNP3 ergeben, dass Fremdsprachenkenntnisse nur selten verlangt werden.

Ähnlich wie in anderen Ländern macht sich das Wirtschaftswachstum auch in der **Schweiz** vor allem im tertiären Sektor, weniger aber in verarbeitendem Gewerbe, Landwirtschaft und Baugewerbe bemerkbar. Der Außenhandel trägt entscheidend zum BIP bei. Dabei sind die Industrieländer die wichtigsten Handelspartner. Insgesamt werden vor allem Innovationen und der Aufbau einer wissensbasierten Wirtschaft aktiv gefördert. Fast die Hälfte aller schweizerischen Unternehmen (43%) steht in regelmäßigen Geschäftsbeziehungen zu Partnern in verschiedenen anderssprachigen Ländern. Vor diesem Hintergrund sind Mehrsprachigkeit und interkulturelles Verständnis von zunehmender Wichtigkeit und Angestellte müssen in der Lage sein, sowohl im direkten als auch im virtuellen Kontakt über Landes- und Kulturgrenzen hinweg mündlich und schriftlich zu kommunizieren.

2. Neuartiger Bedarf nach Fremdsprachenkompetenzen auf einem Arbeitsmarkt im Wandel

Dieses zweite Themengebiet, das im Rahmen des TNP3 aufgeworfen wurde, befasst sich mit fünf wesentlichen Bedürfnissen. Wie im Disseminationsbericht dargestellt, besteht erstens ein verstärktes Bewusstsein für den Stellenwert von sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen im Berufsleben. Vor diesem Hintergrund müssen genaue Überlegungen dazu angestellt werden, für welche Sprachen, welche Sprachfertigkeiten und welche Niveaustufen eine Nachfrage

besteht. Englisch alleine reicht zweifellos nicht mehr aus, sondern wird oftmals als selbstverständlich vorausgesetzt und nimmt damit in der Tat eine Sonderstellung ein. Zweitens muss bei der schwierigen Aufgabe, berufsrelevante Sprachkompetenzen zu definieren, berücksichtigt werden, dass die konkreten Anforderungen von vielen Faktoren, wie der Sprache selbst, dem Land, der genauen Stellung des Mitarbeiters, dem Berufszweig usw. abhängen. Hier sind zweifellos genauere Bedarfsanalysen durchzuführen, vor allem zum Verhältnis zwischen „allgemeinsprachlichen“ und „fachsprachlichen“ Anforderungen. Als logische Konsequenz müssen die in der Praxis beobachteten beruflichen Situationen, in denen Fremdsprachen zum Einsatz kommen, dann drittens mit den tatsächlichen Sprachfertigkeiten und -kompetenzen in Form von Lern- (und Lehr-)Zielen zueinander in Bezug gesetzt werden. Hieraus wiederum ergibt sich, dass die Lehrerausbildung im Hinblick auf die neuen, auf lebenslanges Lernen ausgerichteten Bedürfnissen der Lernenden Rechnung überdacht werden muss. Schließlich weist der Bericht darauf hin, dass sowohl Lernenden als auch Lehrenden Wissen über den Prozess des Sprachenlernens selbst und über das System verschiedener Sprachen (sowohl „verwandter“ als auch anderer) vermittelt werden muss.

In diesem Zusammenhang wurde in **Irland** ein Projekt zur Bewertung fremdsprachlicher Anforderungen und Fertigkeiten in 1000 irischen kleinen und mittleren Betrieben durchgeführt (*Reflect*, www.reflectproject.com, 2002). Ergebnis war, dass die am häufigsten gebrauchten Fremdsprachen Französisch, Deutsch, Spanisch, Italienisch und Japanisch (in abnehmender Reihenfolge) sind. Darüber hinaus wächst der Bedarf an anderen europäischen und nicht-europäischen Sprachen. Die am häufigsten genannten fremdsprachlichen Aufgaben, zu denen Mitarbeiter in der Lage sein müssen, sind Geschäftstreffen, Korrespondenz, Telefonate, Geschäftsreisen, Präsentationen, Messen, Knüpfen von Kontakten und Lektüre von Fachliteratur.

Im ursprünglichen Länderbericht wurde aufgezeigt, dass die fließende Beherrschung einer Zweitsprache nicht grundsätzlich als wichtige Transferkompetenz betrachtet wurde (sofern aber die Befragten die Möglichkeit hatten, solche Kenntnisse zu beobachten, bewerteten sie diese als relativ zufriedenstellend, *Transferable skills project*, www.skillsproject.ie). Dieses mangelnde Bewusstsein für die Bedeutung von Sprachen wurde durch die aktuellere *Reflect*-Studie noch einmal unterstrichen. Diese ergab, dass sich viele Unternehmen der Bedeutung von fremdsprachlichen und interkulturellen Kompetenzen nicht bewusst waren, obwohl doch die Exportabhängigkeit Irlands auf einen Bedarf an Fremdsprachenkenntnissen und auf ein Bewusstsein für kulturelle Aspekte auf dem internationalen Markt schließen lassen müsste. So konnten einige der Betriebe in der Tatsache, dass sie auf Englisch als einzige Sprache angewiesen sind, keinen Nachteil für ihre Geschäfte erkennen, wohingegen andere einräumten, aufgrund mangelnder Fremdsprachenkenntnisse Aufträge eingebüßt zu haben. Andererseits konnte

eine positive Korrelation zwischen dem Exportanteil eines Unternehmens und seiner Mitarbeiterzahl mit Fremdsprachenkenntnissen festgestellt werden: 57% der Unternehmen, die mehr als 50% ihrer Waren exportieren, beschäftigen Mitarbeiter mit Fremdsprachenkenntnissen. Im Vergleich lag der Prozentsatz von Angestellten mit Fremdsprachenkenntnissen in den beiden anderen Ländern, die im Rahmen des *Reflect*-Projekts untersucht wurden, jedoch wesentlich höher: In Polen waren es 97%, in Portugal 85%.

Der obige kurze Überblick über die jüngsten Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt im **Vereinigten Königreich** unterstreichen – wie schon der im Rahmen des Unterprojekts 2 angefertigte Länderbericht für England – den Bedarf an besseren Sprachkompetenzen, um dem Außenhandelsbilanzdefizit Abhilfe zu schaffen. 2004 veröffentlichten die Britischen Handelskammern eine Umfrage, die offen legte, in welchem Ausmaß sprachliche und die damit verbundenen kulturellen Barrieren ein Handelshemmnis darstellen. So konnten 80% der exportierenden Unternehmen ihre Geschäfte nicht in einer Fremdsprache tätigen. Außerdem zeigte die Umfrage, dass Unternehmen, die höchsten Wert auf Fremdsprachen legen, ihre Exportumsätze um durchschnittlich £290.000 pro Jahr steigern können, während die Exportumsätze von Unternehmen, die Fremdsprachen weniger Wert beimessen, um durchschnittlich £50.000 jährlich zurückgehen. Noch bedenklicher ist die Aussage von 77% der befragten Unternehmen, nach der ihnen in den zwei Jahren vor der Umfrage aufgrund von sprachlichen und kulturellen Barrieren tatsächlich Geschäfte entgangen seien. Eine Umfrage unter Unternehmen der Forschungs-, Ingenieurs- und Technologiebranche hat außerdem aufgezeigt, dass mangelnde Fremdsprachenkenntnisse eine psychologische Hürde für eine potentielle Expansion auf lukrativere Märkte, auf denen Englisch weniger üblich ist, darstellen. Die Unternehmen sind also häufig auf externe Sprachdienstleister angewiesen, wodurch sich Reaktionszeiten verlängern können. Bei Einstellungen wird Fremdsprachenkenntnissen traditionell wenig Beachtung geschenkt (dem Länderbericht zufolge in 12-13% der Fälle). Zudem gaben nur 16% der in Forschung, Ingenieurwesen und Technologie tätigen Unternehmen an, die Kosten für Sprachkurse ihrer Mitarbeiter zu tragen.

Doch welche Sprachen erfahren die größte Nachfrage, wer muss sie beherrschen und in welchen Situationen? Die vier europäischen Sprachen Französisch, Deutsch, Spanisch und Italienisch werden am häufigsten gebraucht, und zwar vor allem von Führungskräften, Mitarbeitern in Vertrieb und Marketing, aber auch von technischen Angestellten und Ingenieuren mit einem fortgeschrittenen Niveau an fremdsprachlichen und interkulturellen Kompetenzen. Besonders problematisch sind niedrigere Hierarchieebenen mit wichtigen Funktionen für den täglichen Ablauf (Sekretariate), die für Außenkontakte die erste Anlaufstelle sind, oftmals aber nur über beschränkte Fremdsprachenkenntnisse verfügen. Fremdsprachen kommen sowohl in

allgemeinen beruflichen Situationen als auch in eher fachlichen Zusammenhängen zum Einsatz, wie beispielsweise bei Telefonaten und Geschäftstreffen, in Verhandlungen und Korrespondenz, auf Geschäftsreisen und Messen, zur Knüpfung von Kontakten, bei Präsentationen und im Umgang mit Fachliteratur.

Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass einige traditionelle Schwachpunkte das vollständige Eingeständnis, dass verbesserte Fremdsprachenkenntnisse notwendig sind, behindern werden. Hierzu gehören die geringe Investitionsbereitschaft in die Personalentwicklung, eine tendenzielle Ausrichtung auf kurzfristige Wirtschaftlichkeit anstelle eines längerfristigen Denkens, eine gewisse Selbstgenügsamkeit und die damit einhergehende Innenorientierung und nicht zuletzt der weit verbreitete Gebrauch des Englischen im internationalen Geschäftsverkehr, der viele zu der Einstellung veranlasst, sie könnten sehr gut mit Englisch alleine auskommen.

In **Belgien** konnte sowohl in Flandern als auch in der Wallonie eine Schlüsselstellung von Geschäftskontakten mit nicht-niederländisch- bzw. nicht-französischsprachigen Partnern (aus dem In- und Ausland) ausgemacht werden. Fast alle Unternehmen haben Geschäftskontakte zu anderssprachigen Unternehmen. So erwirtschaften in Flandern drei Viertel der Unternehmen einen Teil ihres Umsatzes in nicht-niederländischsprachigen Regionen/Ländern. In den kleinen und mittleren Unternehmen in Lüttich entfallen 31,7% des Umsatzes auf nicht-französischsprachige Regionen. Außerdem besteht ein zwar geringer, aber wachsender Bedarf an Italienisch- und Spanischkenntnissen (1-3%).

Etwa 15% der flämischen Unternehmen räumten ein, aufgrund von mangelnden Fremdsprachenkenntnissen (hauptsächlich in Französisch oder Deutsch) Aufträge eingebüßt zu haben. In fast 20% der Betriebe konnten aus dem gleichen Grund Geschäftskontakte nicht aufrecht erhalten werden. Auf der anderen Seite bestätigten 60,4% der Unternehmen in Limburg, dass Fremdsprachenkenntnisse in Verhandlungen einen Trumpf darstellten. Im flämischen Brabant wurde anhand von Studien außerdem der Stellenwert ermittelt, den kleine und mittlere Unternehmen Fremdsprachen für die Zukunft zuschreiben. Dabei gaben fast alle Unternehmen (90,2%) an, dass die Bedeutung von Französisch zunehmen wird. 78,4% bejahten diese Aussage auch für Englisch und 60,8% für Deutsch. Die Überzeugung, dass Fremdsprachenkenntnisse unerlässlich sind, breitet sich in der Geschäftswelt also langsam aus. Gleiches gilt für die Tourismusbranche, wo die Notwendigkeit, Fremdsprachen – vor allem mündlich – zu beherrschen, nicht angezweifelt wird. So sind in verschiedenen Städten Französisch- oder Deutschkurse für die Angestellten der Fremdenverkehrsämter eingeführt worden.

Es ist also nicht erstaunlich, dass in 58,6% der Stellenanzeigen Fremdsprachenkenntnisse verlangt wurden. Dabei wurde nicht selten ein

gesonderter Sprachtest angekündigt, meist für Französisch, seltener auch für Englisch oder Deutsch. Fremdsprachenkenntnisse werden außerdem als wichtiger Einflussfaktor bei Beförderungen betrachtet. In Limburg bestätigten dies mehr als 35% der Befragten, im flämischen Brabant sogar 78%.

In **Frankreich** müssen bei der Frage nach dem Bewusstsein für die Bedeutung von Fremdsprachen allgemein – das ja eine notwendige Voraussetzung für das Bewusstsein für die Bedeutung von Sprachen im Berufsleben ist – komplexe historische sowie kulturelle Zusammenhänge berücksichtigt werden. Hierzu gehören die ehemalige Stellung des Französischen als *lingua franca*, die Frage nach der heutigen Stellung des Englischen als *lingua franca* und der Einfluss der *Académie française* als oberster Sprachinstanz. Auch von staatlicher Seite aus bemüht man sich um die Bewahrung des Status des Französischen (auch in Frankreich selbst), doch andererseits mangelt es sowohl an einer klaren Anerkennung (Ausbildung und Status der Lehrkräfte) als auch an der Finanzierung für die Lehre von Französisch als Fremdsprache (vor allem an Hochschulen). Auch der Unterricht in Regionalsprachen wurde erst 1951 anerkannt. Nichtsdestotrotz liegt mittlerweile in den weiterführenden Schulen (und neuerdings auch in den Grundschulen) ein Schwerpunkt auf Fremdsprachen, doch die Ergebnisse sind vor allem in Englisch (der Fremdsprache, die die große Mehrheit der französischen Schüler lernt) enttäuschend. Bei einem im Jahr 2002 durchgeführten Vergleich von 15- und 16jährigen Schülern in acht europäischen Ländern schnitten die französischen Schüler bei Hörverstehen, Schreib- und Lesefähigkeiten sowie Grammatik/Syntax mit Abstand am schlechtesten ab. Dabei fielen die Ergebnisse im Jahr 2002 sogar noch schlechter aus als bei den gleichen Tests im Jahr 1996. Als Reaktion auf diesen ersten ländervergleichenden Test wurde dann durch ein im August 2005 verabschiedetes Gesetz offiziell der *Gemeinsame europäische Referenzrahmen* (GER) in Grund- und weiterführenden Schulen eingeführt. Aktuellen Schätzungen zufolge sind aber nur etwa 30% der Lehrer mit diesen Standards vertraut.

An den Hochschulen, die sich durch ein zweigliedriges System auszeichnen (einerseits hochselektive Exzellenschulen und kürzere, praxisorientierte Studiengänge, andererseits die chronisch unterfinanzierten Massenuniversitäten ohne Vorauswahl der Studierenden, mit wenig Orientierungshilfe und hohen Abbrecherquoten) wird bei Absolventen auf Masterebene von Ingenieur- oder (halb-)privaten Wirtschaftsschulen ein B2-Niveau (in Englisch) vorausgesetzt. Doch ist den meisten Arbeitgebern nicht bewusst, was die GER-Kompetenzstufen bedeuten. Die Lehre – auch die Fremdsprachenlehre – in den Hochschulen ist traditionell eher theoretisch als praxisorientiert, nicht besonders interdisziplinär und nicht vertraut mit Konzepten wie externer Evaluierung, Orientierung an Richtwerten, Leistungsbewertungen anhand eines Vergleichs mit bestimmten Standards (*Criterion Referencing*) – wie beispielsweise dem GER – und Definition von

Lernzielen. Derzeit laufen Diskussionen über die Zertifizierung von Sprachkenntnissen, doch die Position des Bildungsministeriums, das ja in einem stark zentralisierten System landesweiter Abschlüsse eine entscheidende Rolle spielt, ist weiterhin unklar.

Einige wenige Untersuchungen zum Gebrauch von Fremdsprachen im Berufsleben sind bereits durchgeführt worden und haben ergeben, dass Absolventen in Wirtschaftswissenschaften, Jura und Betriebswirtschaft zunehmend Fremdsprachenkenntnisse benötigen (von 251 Teilnehmern bejahten im Jahr 2000 59% diese Frage nach 42% im Jahr 1998). Diesen Ansprüchen wird in Frankreich in *überwältigendem* Ausmaß Rechnung getragen: Das Niveau liegt bei B2 und höher, und zwar meist in Englisch, in 30% der Fälle aber auch in zwei Fremdsprachen. Rund 25% der Absolventen erhielten ihre erste Anstellung aufgrund ihrer Fremdsprachenkenntnisse, die sie durch einen Lebenslauf auf Englisch und ein Bewerbungsgespräch nachwiesen (externe oder interne Sprachtests werden zwar teilweise durchgeführt, ihre Aussagekraft wird aber grundsätzlich gering eingestuft).

Eine 2006 durchgeführte Umfrage der französischen Arbeitsagentur für leitende Angestellte hat ergeben, dass in 34% der 122 784 Stellenangebote für leitende Angestellte die Beherrschung mindestens einer Fremdsprache als Voraussetzung angegeben wurde. Dabei steigen zudem die Ansprüche an das Niveau der Fremdsprachenkenntnisse. In 81% der Fälle musste der Bewerber über „nachgewiesene“ Kenntnisse verfügen, davon in den weitaus meisten Fällen in Englisch. Von Absolventen wird in Bezug auf ihre Fremdsprachenkenntnisse allem voran erwartet, dass sie im beruflichen Umfeld auf nahezu muttersprachlichem Niveau sowohl in fachlichen als auch in allgemeineren Zusammenhängen kommunizieren können. Doch auch Lese- und Schreibfähigkeiten sind wichtig. Die gleiche Studie kam, wie auch das TNP3-Projekt, zu dem Ergebnis, dass sich die Anforderungen an die Fremdsprachenkenntnisse von Branche zu Branche und von Stellung zu Stellung unterscheiden. Schließlich ist zu erwähnen, dass sich die Arbeitgeber in letzter Zeit unzufrieden über die an den Hochschulen vermittelten Fremdsprachenkenntnisse geäußert haben.

Derzeit weisen etwa 65% der Studierenden im ersten Jahr (Nicht-Sprachspezialisten in Sozialwissenschaften) bei den passiven Sprachkenntnissen ein A2-Niveau auf. Im dritten Bachelor-Jahr ist dann ein B1-Niveau nicht ungewöhnlich, was oftmals daran liegt, dass schwächere Studenten das Studium abgebrochen haben. Im Zusammenhang mit Zertifizierungen und Bedarfsanalysen ist somit auch die Frage nach den positiven Wechselwirkungen, die sich aus der Bewertung der Fremdsprachenlehre auf das Lehrverhalten ergeben (*Washback Effect*), zu stellen. Außerdem wird hierdurch noch einmal unterstrichen, wie unerlässlich eine bessere Ausbildung von Hochschullehrkräften (die zuvor meist in der Sekundarstufe tätig waren) vor Aufnahme ihrer Lehrtätigkeit an einer

Hochschule sowie berufsbegleitende Weiterbildungen, die in Hochschulen traditionell keinerlei Stellenwert haben, sind. Bei der Herausforderung, die Sprachcurricula und die Lehrmethoden an die Anforderungen der Berufswelt, einschließlich interkultureller Kompetenzen, anzupassen, handelt es sich um eine geradezu revolutionäre Idee. Gleiches gilt für das Konzept des lebenslangen Lernens, mit dem die traditionelle Abgrenzung zwischen *Formation Initiale* (formale Studiengänge an Hochschulen) und *Formation Continue* (Weiterbildung im Berufsleben) hinfällig wird.

In der **Schweiz** werden Fremdsprachen nicht immer systematisch in die Curricula der verschiedenen Fächer eingebunden, auch wenn es als wünschenswert gilt, dass jeder Lernende im Laufe seiner Ausbildung ein spezifisches Profil, das die Kenntnis mehrerer Sprachen und Kulturen umfasst, herausbildet. Dabei sollten die pädagogischen Ziele allerdings nicht nur darin bestehen, Wissen über Fremdsprachen zu vermitteln, sondern vielmehr auch darin, die Lernenden auf längere Sicht dazu zu befähigen, als Experten auf einem bestimmten Gebiet Fremdsprachen im Einklang mit kulturspezifischen Konventionen zur Interaktion und Problemlösung einzusetzen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, eine große Bandbreite von Sprachen anzubieten. Englisch dient dabei als internationales Kommunikationsmittel, doch auch die anderen Landessprachen sind im nationalen Umfeld – wie auch in Belgien – sowohl für die Berufsaussichten auf dem heimischen Arbeitsmarkt als auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz unerlässlich. Schließlich muss der GER noch weiter verbreitet und Zugangsvoraussetzungen und Lernziele so formuliert werden, dass sie verständlich und vergleichbar sind und überall anerkannt werden.

3. Innovative Curricula sowie Austausch und Kooperation zwischen Hochschulen und ihren gesellschaftlichen Partnern als Antwort auf neue Bedürfnisse

In den meisten europäischen Ländern werden Kenntnisse in wenigstens einer Fremdsprache grundsätzlich als Bestandteil eines Hochschulabschlusses vorausgesetzt. In der Fremdsprachenlehre lässt sich die Entwicklung beobachten, dass die klassischen Grenzen zwischen neusprachlichen Studiengängen und anderen Fachdisziplinen allmählich verschwimmen: In sprachliche Studiengänge fließen zunehmend auch andere Disziplinen ein und Studierende nicht-sprachlicher Fächer werden immer stärker mit Fremdsprachen konfrontiert. Dadurch ist es immer unerlässlicher geworden, die Kluft zwischen Studium und Berufsleben in strukturierter Weise zu schließen und den Gebrauch von Fremdsprachen im Arbeitsleben in einer für Arbeitgeber und Absolventen nicht-sprachlicher Fächer verständlichen Weise darzustellen. Zudem müssen die Hochschulen den Werdegang ihrer Absolventen verstärkt

nachverfolgen und Sprachen und interkulturelle Aspekte dabei besonders berücksichtigen.

In diesem Bereich bietet sich in **Irland** ein etwas widersprüchliches Bild. Angesichts des tiefgreifenden Wandels der irischen Wirtschaft in den vergangenen Jahren ist der Arbeitsmarkt im Hinblick auf Nationalitäten, gesellschaftliche Gruppierungen und Kulturen inzwischen nicht mehr homogen, sondern in der Tat interkulturell. Dabei wurden zwar umfangreiche Mittel in die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte für den irischen Arbeitsmarkt investiert, doch Strategien oder politische Maßnahmen zur Integration dieser Arbeitnehmer in ihren Arbeitsplatz oder in ihr weiteres gesellschaftliches Umfeld gibt es kaum. Das *Intercultural Workplace Project* (IWP, <http://www.dcu.ie/themes/international/iwp.shtml>) ergab, wie oben erwähnt, dass die fließende Beherrschung einer Zweitsprache nicht von allen Absolventen als wichtige Transferqualifikation betrachtet wird. Dennoch ist diese Fähigkeit in den untergraduierten Studiengängen anscheinend sehr weit entwickelt, dicht gefolgt von schriftlichen Kommunikationsfähigkeiten. Außerdem sind sich die Absolventen darin einig, dass Zusatzqualifikationen, wie interkulturelles Bewusstsein und Flexibilität, wichtig sind und mit dem Erlernen von Fremdsprachen einhergehen.

Zur Bewertung ihrer Studiengänge müssen die irischen Hochschuleinrichtungen Marktforschung betreiben, um die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu ermitteln. So hat die *Higher Education Authority* eine Befragung von Absolventen ein Jahr nach ihrem Abschluss durchgeführt. Dabei wurde allerdings zwischen Absolventen sprachlicher und nicht-sprachlicher Studiengänge nicht differenziert.

Dem Länderbericht für das **Vereinigte Königreich** zufolge hat eine Reihe von Studien ergeben, dass staatliche Organisationen und Manager von Unternehmen die Meinung, dass Englisch alleine ausreicht, nicht unbedingt teilen. Vielmehr erkennen sie an, dass sachdienliches Fremdsprachenlernen unbedingt gefördert werden muss. Doch auch wenn einige positive Beispiele bekannt sind, weisen aktuelle Berichte zum derzeitigen Stand des Sprachenlernens und -lehrens und zum Gebrauch von Fremdsprachen in Wirtschaft und Industrie in der Realität auf eine weitere Verschlechterung der Situation hin. Der wachsenden Nachfrage nach Fremdsprachen als Zusatzqualifikation steht ein Rückgang der Schüler, die in der Sekundarstufe sprachliche Fächer belegen (Fremdsprachen sind ab dem Alter von 14 Jahren auch weiterhin Wahlfächer), und der Studenten, die sich für spezifische Fremdsprachenstudiengänge entscheiden, gegenüber.

Als Reaktion darauf hat das englische Bildungsministerium angekündigt, dass alle Schulen ab September 2007 einen Richtwert festsetzen müssen, wie viele ihrer Schüler sprachliche Fächer belegen und diese mit einem GCSE-Examen (am Ende der 11. Klasse) oder einer anderen Qualifikation abschließen. Dabei geht das Ministerium davon aus, dass die Mehrzahl der Schüler eine

Fremdsprache wählen werden. Außerdem wurde vorgeschlagen, diese Referenzwerte in die Tabelle zum Vergleich der Qualität von Schulen aufzunehmen und ein freiwilliges Anerkennungssystem inklusive Bewertungsmethoden (die sogenannte *Languages Ladder* mit derzeit 21 Fremdsprachen) zu entwickeln, das die bestehenden nationalen Qualifikationsrahmen und den GER ergänzen soll.

Mit der abnehmenden Bedeutung von Sprachen in der Sekundarstufe hat sich auch das Muster der Sprachangebote an den Hochschulen auf nationaler und regionaler Ebene geändert. So hat die *University and College Union* vor kurzem (im Universitätsjahr 2006/07) einen Bericht mit dem Titel *Losing our tongues* veröffentlicht, demzufolge die Anzahl der Hochschulreinrichtungen, die Französisch anbieten, in den letzten zehn Jahren um 15% gesunken ist. Für Deutsch lag der Rückgang sogar bei 25%, für Italienisch bei 9%. Nach Ansicht der *University and College Union* wird sich diese Einschränkung des Angebots unzweifelhaft am stärksten auf Studierende, die aus weniger wohlhabenden Verhältnissen stammen oder ethnischen Minderheiten angehören, auswirken, da diese tendenziell Studiengänge wählen, die nahe ihres Heimatortes angeboten werden. Diese Entwicklung an den Hochschulen und der schrittweise schwindende Zugang bestimmter Studentengruppen zum Fremdspracherwerb wird unweigerlich schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung und die Handelstätigkeit im ganzen Vereinigten Königreich haben.

Kürzlich (im Universitätsjahr 2006/07) hat nun der *Higher Education Funding Council for England* eine umfangreiche neue Initiative, *Routes into Languages*, ins Leben gerufen, die darauf abzielt, dass eine höhere Anzahl und eine größere Bandbreite von Studierenden in den Hochschulen Fremdsprachen lernen. Im Rahmen des Programms werden Fremdsprachen mit zahlreichen Methoden gefördert, vor allem durch Netzwerke von Hochschuleinrichtungen und anderen relevanten Gremien und durch gezielte Projekte.

Im Vereinigten Königreich werden Sprachen als Einzelfächer oder in verschiedenen Kombinationen (als Haupt-, Kombinations- oder Nebenfach) entweder mit einer anderen Sprache oder mit einer Reihe wissenschaftlicher oder berufsbildender Fächer (Betriebswirtschaft, Informatik und andere praxisrelevante Bereiche) gelehrt. Je nach Studiengang und Hochschule kann der Schwerpunkt in sprachlichen Fächern entweder auf der traditionelleren Kombination Sprache und Literatur, auf Sprache und Landeskunde, auf der Sprache selbst oder auf Übersetzen und Dolmetschen liegen. Der Einsatz von IuK ist in der Fremdsprachenlehre weit verbreitet und in manchen Universitäten können Sprachen auch in Kombination mit Informatik studiert werden.

Das Angebot an Master-Studiengängen deckt sowohl eher berufspraktisch orientierte als auch fachspezifische Interessen an Übersetzen, Landeskunde sowie Literatur- und Kulturwissenschaften ab. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang der Studiengang *MA in Transnational Studies* der

University of Southampton, der sich mit dem grenzüberschreitenden Verkehr in einer globalisierten Welt mit einem besonderen Schwerpunkt auf spanisch-, französisch-, deutsch- und portugiesischsprachigen Regionen (in Europa und auf dem amerikanischen Kontinent) beschäftigt. Auch wenn die Fremdsprachen hier nicht im Mittelpunkt stehen, werden die Studierenden beim Ausbau ihrer Fremdsprachenkenntnisse gefördert. Im Anschluss an den relativ neuen Studiengang besteht auch die Möglichkeit, sich zum *Mphil* (Master of Philosophy) oder zum *PhD* (Doktor der Philosophie) weiterzuqualifizieren.

Während viele der oben beschriebenen Neuerungen in den BA- und MA-Studiengängen eher langfristiger Natur sind, spiegeln sich in anderen Entwicklungen Erfahrungen mit dem Bedarf des Globalisierungszeitalters wider. Die Hochschulen im Vereinigten Königreich sollen mittlerweile in allen Fächern Lernziele für die Studiengänge insgesamt und die einzelnen Module innerhalb der Studiengänge angeben. Somit prägen laufende Anpassungen, die Einführung neuer Studiengänge und schrittweise durchgeführte Änderungen das Bild der britischen Hochschullandschaft mit.

Wie ursprünglich im Länderbericht angegeben, weisen die meisten Arbeitnehmer, die sich bereits im Berufsleben befinden, ein Grund- oder Fortgeschrittenenniveau (was einer Lernzeit von zwei Jahren vor Beendigung der Schullaufbahn entspricht) auf. Zudem zeigt sich, dass in den Unternehmen Sprachkompetenzen zu wenig Anwendung finden. Dies legt nahe, dass viele Unternehmen kaum in der Lage sind, auf brauchbarem Niveau in Fremdsprachen zu arbeiten. Oft werden daher ersatzweise Muttersprachler in Anspruch genommen. Interessant ist auch zu sehen, dass Absolventen sprachlicher Fächer im Vereinigten Königreich am schnellsten Arbeitsplätze finden. Am beliebtesten sind dabei unternehmensbezogene Dienstleistungen (31,9%), verarbeitendes Gewerbe (12,2%), Banken- und Finanzwesen (11%) und Groß- und Einzelhandel (8,6%). Eine solch breite Fächerung von Tätigkeiten hebt noch einmal hervor, wie wichtig ein umfangreiches Angebot verschiedener Sprachen ist.

Schließlich findet im Vereinigten Königreich, wie schon im ursprünglichen Länderbericht dargelegt wurde, traditionell ein ausgeprägter Austausch zwischen der Regierung, ihren Behörden und den betroffenen Stakeholdern zu vielen Themen, darunter auch zu Sprachen, statt. Beispiel hierfür ist die *Quality Assurance Agency*, die für die Qualitätskontrolle von Hochschulen zuständig ist. Auch an die *Higher Education Academy National Subject Centres* (die für die Förderung der Lehre von Hochschuldisziplinen zuständig sind) wird zunehmend appelliert, die Arbeitgeber stärker in ihre Arbeit einzubinden. Diese Ausrichtung schlägt sich auch, wie im Länderbericht dargestellt, in der Tatsache nieder, dass jede Hochschule über eine Berufsberatungsstelle verfügt und verpflichtet ist, bei der Nachverfolgung von Absolventenwerdegängen mit staatlichen Stellen zusammenzuarbeiten.

Wie in Frankreich ist es auch in Bezug auf **Belgien** wichtig, die Struktur des Hochschulwesens zu kennen. Sowohl in Flandern als auch in der Wallonie gibt es im Wesentlichen zwei Arten von Hochschuleinrichtungen: Die eher berufspraktisch orientierten *Hautes Ecoles/Hogescholen* blicken dabei auf eine längere Tradition in der Vermittlung von Fremdsprachenkenntnissen an Nicht-Sprachexperten zurück und haben Methoden zur Einbindung von Sprachen in wissenschaftliche Fächer entwickelt, die sich durchaus bewährt haben. Die traditionellen Universitäten hingegen sind, abgesehen von Bereichen wie Betriebs- und Wirtschaftswissenschaften, weniger auf die Lehre von Fremdsprachen ausgerichtet. Im Zuge des Bologna-Prozesses und angesichts der größeren Gewichtung der Beschäftigungsfähigkeit von Absolventen sind einige Maßnahmen ergriffen worden, um Fremdsprachen in Studiengänge aller Disziplinen einzugliedern.

In Flandern hat der Minister für Bildung und Arbeit im September 2006 eine neue Sprachenpolitik vorgestellt, welche die Bedeutung von Fremdsprachen hervorhebt und Versuche mit Integriertem Sprach- und Fachlernen (*Content and Language Integrated Learning*, kurz CLIL) sowie eine erste Heranführung an Fremdsprachen sogar schon im Kindergarten ermöglicht. Zwar werden in den Hochschulen Vorlesungen von nicht-niederländischsprachigen Gastprofessoren in Fremdsprachen gehalten, aber außerhalb von einem spezifisch sprachlichen Umfeld kommt CLIL nur selten zum Einsatz.

Die Situation an der Universität Hasselt stellt ein Beispiel für alle flämischen Universitäten dar. Wenn Sprachen überhaupt angeboten werden, so werden sie in Sprachzentren außerhalb der Fakultäten von Lehrpersonal unterrichtet, das nicht die gleiche akademische Anerkennung erfährt wie andere Hochschuldozenten. In den naturwissenschaftlichen Curricula spielen Fremdsprachen gar keine, in den Geisteswissenschaften kaum eine Rolle (abgesehen von Sprachwissenschaften und Literatur). In Jura und Betriebswirtschaft hingegen nehmen sie traditionell eine wichtige Stellung ein. In diesem Zusammenhang hat die betriebswirtschaftliche Fakultät der Universität Hasselt ihr Angebot überdacht, sodass nun drei Fremdsprachen verpflichtend sind und kombinierte Lernwege halb-autonom organisiert werden können.

Die Regierung der Wallonie hat ihrerseits im August 2005 Neuerungen eingeführt. Der *Plan Langues* (2005) der *Université Libre de Bruxelles* (ULB) bietet hierzu ein Beispiel für konkret durchgeführte Maßnahmen (siehe Fallstudie A).

Die Reaktion **Frankreichs** auf den Bologna-Prozess ist in gewisser Weise zweischneidig. Auf Bachelor-Niveau müssen die Kompetenzen der neuen Studierenden dem Gesetz zufolge getestet und der Sprachunterricht dementsprechend „angepasst“ werden. Auf Master-Niveau legt das Gesetz fest, dass der Abschluss ohne Nachweis der „Beherrschung“ mindestens einer Fremdsprache nicht verliehen werden kann und dass die Curricula

Lehrveranstaltungen beinhalten müssen, in denen den Studierenden die dazu nötigen Kenntnisse vermittelt werden. Allerdings wird nicht definiert, was „beherrschen“ bedeutet. Für ein Hochschulwesen, das traditionell nicht auf Evaluierung, Orientierung an Lernergebnissen und kritische Selbstbeobachtung seiner Lehrmethoden ausgerichtet ist, sind diese Ansprüche sehr hoch angesetzt. Es gibt kaum spezifische Strategien zur Förderung von Sprachen und nur wenige Hochschulen benennen einen Verantwortlichen für ihre Sprachenpolitik. ECTS-Kredite für Nicht-Sprachspezialisten werden oftmals anhand quantitativer statt qualitativer Maßstäbe vergeben und auch wenn Kombinationen von Sprach- und Fachlernen an einigen Hochschulen möglich sind, hängen solche Angebote in der Regel vom Engagement Einzelner und von erfolgreichen Versuchen zur Änderung der Organisationsformen ab.

Doch CLIL breitet sich weiter aus. Dies gilt sowohl für französische als auch für ausländische Studierende. So listet CampusFrance (<http://www.edufrance.net/adm/xadm-catanglais.htm>) 458 Kurse mit Englisch als Unterrichtssprache auf, von denen 50% im Bereich Betriebswirtschaft und Management und 22% im Bereich Ingenieurwesen und Technik angesiedelt sind. Außerdem werden bereits kombinierte Sprach- und Fachabschlüsse, wie beispielsweise der vor Kurzem akkreditierte BA-Studiengang in Jura und Sprache (siehe Fallstudie B) in Toulouse, angeboten.

Im Frühjahr 2006 kam es in weiten Teilen Frankreichs zu Studentenprotesten wegen schlechter Aussichten auf dem Arbeitsmarkt. Auch Sprachen spielten als wichtige Transferqualifikationen dabei eine Rolle. Anders als in Großbritannien fallen sowohl Beschäftigungsquote als auch Gehalt von französischen Absolventen sprachlicher Studiengänge im Vergleich zu denen der Absolventen anderer Fächern am niedrigsten aus. Eine der daraufhin von der Regierung unternommenen Maßnahmen war die als *Université-emploi* bezeichnete erste landesweite Beratung zwischen Stakeholdern auf allen Ebenen. Die Ergebnisse finden sich im Rapport Hetzel (<http://www.recherche.gouv.fr/rapport/rapporthetz.pdf>). Abgesehen von den positiven Auswirkungen, die sich aus der Berücksichtigung der Berufsaussichten in der Hochschulbildung (die in einer Gesellschaftsordnung römischen Ursprungs keineswegs selbstverständlich ist) ergeben, führten die sprachbezogenen Empfehlungen zum ersten Mal zur Einführung von obligatorischen Mindeststandards auf Bachelor-Ebene und zum Einsatz von LuK für kombinierte Lernwege.

Manche Verbindungen zur Berufswelt bestehen bereits und die Arbeitgeber beginnen langsam, Sprachkompetenzen zu würdigen. Zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen entwickeln sich Partnerschaften, die bereits zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit, beispielsweise in Form berufsorientierter Abschlüsse, geführt haben. Eine neue Initiative ist die für Herbst 2007 geplante *Opération Phénix*, in deren Rahmen sieben große multinationale Gesellschaften auf Anregung der französischen

Vereinigung leitender Geschäftsführer Partnerschaften mit den Pariser Hochschulen eingegangen sind und 70 Master-Absolventen in Literatur, Geisteswissenschaften und Sozialwissenschaften einstellen, die dann in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen geschult werden.

Traditionell beschränkt sich der Kontakt zwischen Arbeitgeberorganisationen und Hochschulen auf Veranstaltungen zur beruflichen Orientierungshilfe für Studierende. Bisher sind Alumni-Vereine eher in den elitären *Grandes Ecoles* zu finden, entstehen aber zunehmend auch an den Hochschulen. Die Nachverfolgung von Absolventenwerdegängen wird zumindest zu einem gewissen Grad von den *Observatoires de la vie étudiante* wahrgenommen, doch gibt es kaum Befragungen, durch die Zusammenhänge zwischen Sprachkenntnissen und den Berufsaussichten hergestellt werden können.

In der **Schweiz** haben alle Universitäten und Fakultäten das dreistufige Bologna-System eingeführt. Das Bewusstsein, dass Sprachen sowie kulturelle und interkulturelle Kenntnisse, deren Notwendigkeit sich aus dem multilingualen und multikulturellen Arbeitsumfeld ergibt, stärker eingebunden werden müssen, wächst. Mit neuen Entwicklungen wird diesen Ansprüchen Rechnung getragen, doch mangelt es hierbei noch an Systematik. Hervorzuheben wären das zweisprachige Programm *Bilingue plus* in juristischer Fachsprache auf C2-Niveau und ein MA in Mehrsprachigkeitsforschung und -didaktik in Freiburg sowie der interdisziplinäre und mehrsprachige BA in Osteuropastudien in Basel. An fast allen Hochschulen gibt es Sprachenzentren, die oftmals berufsrelevante Module mit einem Schwerpunkt auf Kommunikation in Englisch, Deutsch und Französisch sowie anderen Sprachen in bestimmten Fachrichtungen anbieten.

4. Empfehlungen für einen berufsrelevanteren Fremdsprachenunterricht

Im Disseminationsbericht finden sich vier wesentliche Empfehlungen: Anders als bisher muss der Schwerpunkt bei der Fremdsprachenlehre statt auf dem Inhalt eher auf den Lernergebnissen (sprachliche und interkulturelle Kompetenzen, die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden) liegen. Diese Lernergebnisse müssen in Anlehnung an die GER-Kompetenzstufen und – deskriptoren formuliert werden. Dabei müssen die Deskriptoren im Einklang mit dem *Europäischen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen* (EQR) weiterentwickelt werden, um auch Sprachkenntnisse für fachliche/berufliche Zwecke abzudecken. Um jedoch einwandfrei beurteilen zu können, ob die Lernergebnisse den Anforderungen im Berufsleben entsprechen, müssen die Werdegänge von Absolventen regelmäßig nachverfolgt und Bedarfsanalysen durchgeführt werden, deren Ergebnisse dann im Sprachlernangebot berücksichtigt werden. Außerdem muss die Wahl der angebotenen Sprachen und Niveaustufen unter besonderer Berücksichtigung des Ziels der Mehrsprachigkeit gründlich überdacht werden.

Trotz der vielen Unterschiede in der Sprachenpolitik und in der praktischen Umsetzung, die in den im vorliegenden Bericht behandelten Ländern herrschen, ähneln sich die Empfehlungen für die Zukunft stark und variieren allenfalls in der Gewichtung. Paradoxerweise ließ sich in fast allen Ländern beobachten, dass zwar die Zahl der Einschreibungen an den Hochschulen in ganz Europa steigt – hierin spiegelt sich der (neue) Bedarf an einer größeren Zahl höher qualifizierter Arbeitskräfte in einer wissensbasierten Volkswirtschaft wider – gleichzeitig aber unklar ist, inwieweit die Studierenden genaue Vorstellungen von ihren beruflichen/akademischen Zielen, darunter auch der Rolle von Fremdsprachen, haben.

Konkreter gesagt empfiehlt es sich für **Irland**, Fremdsprachenkenntnisse besser zu „vermarkten“ und aufzuzeigen, inwiefern sie für Unternehmen einen sprachlichen und kulturellen Wettbewerbsvorteil darstellen können. Dazu muss die grundsätzliche Einstellung zu Sprachen verbessert werden, sodass im Sinne des lebenslangen Lernens über das Englische hinausgeschaut wird. Zweitens müssen systematischer und regelmäßiger Umfragen durchgeführt werden, um Änderungen in den fremdsprachlichen Anforderungen zu identifizieren und das Bewusstsein für die Nachfrage nach Sprachkompetenzen zu stärken. Für das **Vereinigte Königreich** ergeben sich aus dem aktuellen nationalen Bericht zwei Empfehlungen: Auch wenn zwischen Hochschuleinrichtungen und Stakeholdern aus der Berufswelt und staatlichen Einrichtungen bereits eine ausgeprägte Zusammenarbeit besteht, sollte das tatsächliche Niveau der Fremdsprachenkenntnisse ermittelt werden. Außerdem wäre die Nachverfolgung von beruflichen Werdegängen der Absolventen noch wirkungsvoller, wenn konkrete Informationen zu ihren Tätigkeiten oder Gehältern abgefragt würden. In **Belgien** bestehen die wesentlichen Herausforderungen darin, das Erlernen der jeweils anderen Hauptlandessprache auszubauen und, wie in fast allen der hier behandelten Länder, Studierenden in grundständigen Studiengängen bewusst zu machen, wie wichtig Fremdsprachen sind. Außerdem müssen die belgischen Hochschulen Strategien zur Motivation ihrer Studierenden entwickeln (nach dem Vorbild der *Hautes Ecoles*, in denen Praktika üblich sind). Ein Vorschlag wäre, das Sprachenlernen stärker mit dem eigentlichen Studiengang der Studierenden zu verknüpfen (CLIL). In **Frankreich** bestehen die Empfehlungen in erster Linie darin, das Bewusstsein sowohl für die Bedeutung von Fremdsprachenkenntnissen als auch für den Prozess des Fremdsprachenlernens selbst zu stärken. Dazu sollen vor allem der GER und das *Europäische Sprachenportfolio* bekannt gemacht und umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang sollten auch konkrete Überlegungen zur vorberuflichen und berufsbegleitenden Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften angestellt und Bedarfsanalysen sowie Zertifizierungen gemäß den im GER definierten Lernergebnissen durchgeführt werden. Die beruflichen Werdegänge von Absolventen müssen systematisch nachverfolgt werden, um positive Wechselwirkungen zwischen Hochschulen und Arbeitswelt zu schaffen.

Schließlich sind die Themen Mehrsprachigkeit und Plurikulturalismus gerade in Frankreich von akuter Relevanz, da sie trotz des breit gefächerten Fremdsprachenangebots in der Sekundarstufe nicht wirklich im Denken verwurzelt sind.

Die **Schweiz** schließlich hat in Bezug auf ihre Sprachpolitik und deren Umsetzung unter den westeuropäischen Ländern Modellcharakter. Doch obwohl fast alle schweizerischen Hochschulen die Werdegänge ihrer Absolventen systematisch nachverfolgen und regionale oder landesweite Bedarfsanalysen durchführen, die sich positiv auf die Sprachcurricula auswirken, sind neue Initiativen notwendig: der Aufbau eines dauerhafteren und systematischeren Netzwerks zum Umgang mit dem Feedback von Absolventen und zur Datenauswertung, aufgrund derer die Curricula vor allem im Hinblick auf Berufsprofile angepasst werden können; eine verstärkte Leistungsbewertung anhand von Vergleichen mit bestimmten Standards (*Criterion Referencing*) und die Weiterentwicklung von gemeinsamen Qualitätsrichtlinien; die Ermittlung neuer Tendenzen, die sich in neuen Berufsfeldern und in einer mehrsprachigen Gesellschaft ergeben; und ein verbessertes Verständnis, wie Mehrsprachigkeit funktioniert und wie sie sich auf die Berufsaussichten auswirkt.

5. Fallstudien

A. Der Plan Langues der Université Libre de Bruxelles (ULB)

Fremdsprachenlehre hat in bestimmten Abteilungen der ULB eine lange Tradition, vor allem in der Betriebswirtschaft und in den Wirtschaftswissenschaften. Wie oben erwähnt, ist das in diesen Disziplinen in Belgien durchaus üblich. Dabei sind Niederländisch (da es sich bei der ULB um eine französischsprachige Hochschule handelt, ist Niederländisch hier die zweite wichtige Landessprache) und Englisch die beliebtesten Sprachen. Als Beispiel für die Bedeutung, die Fremdsprachen in diesen Bereichen zukommt, soll die *Solvay Business School* der ULB dienen, an der in Studiengängen des ersten Zyklus 30 von 180 Leistungspunkten in Fremdsprachen – jeweils 15 in Niederländisch und Englisch – erworben werden müssen.

Doch noch darüber hinaus rief die ULB im Juli 2005 nach Beratungen mit den Fakultätsdekanen, der Hochschulleitung und Sprachdozenten ihren *Plan Langues* ins Leben. Dieser sieht eine Ausweitung des Fremdsprachenunterrichts auf alle Studierende in grundständigen Studiengängen der folgenden Fakultäten vor: Philosophie und Literatur, Psychologie und Pädagogik, Naturwissenschaften sowie Angewandte Wissenschaften. Nach dem *Plan Langues* erwerben die Studierenden dieser vier Fakultäten im ersten Zyklus insgesamt acht ECTS-Leistungspunkte in Fremdsprachen. Diese sind wie folgt unterteilt:

- BA1: Einstufungstest in der von den Studierenden gewählten Fremdsprache. (Für Studierende mit einem niedrigen Anfangsniveau werden Förderkurse vor den in BA2 beginnenden Sprachkursen angeboten.)
- BA2: 4 ECTS-Kredite (=48 Stunden); Hauptlernziele – passive Fertigkeiten: Hör- und Leseverstehen
- BA3: 4 ECTS-Kredite (=48 Stunden); Hauptlernziele – aktive Fertigkeiten: mündliche und schriftliche Kompetenzen

Zurzeit können die Studierenden in den Fakultäten für Philosophie und Literatur sowie Psychologie und Pädagogik zwischen Englisch und Niederländisch wählen, wobei sich die große Mehrheit für Englisch entscheidet. An den Fakultäten für Naturwissenschaften und Angewandte Wissenschaften wird nur Englisch angeboten. Die Leistungsziele werden unter Berücksichtigung des GER festgelegt. Am Ende von BA3 sollen alle Studierenden, für die der *Plan Langues* gilt, ein B1-Niveau erreicht haben, wobei noch höhere Kompetenzstufen angestrebt werden.

B. Bachelor-Studiengang Jura und Sprache (Université de Toulouse I Sciences Sociales)

- Spanische Sprache und Landeskunde
- Englische Sprache und Landeskunde

1) Ziele

- Befähigung von Juristen zur Beherrschung sowohl der Methoden als auch der Logik der klassischen Rechtsanalyse und Vermittlung von Kenntnissen über die Konzepte und Funktionsweisen ausländischer Rechtssysteme. Eine Einführung in die Grundlagen des Rechtsvergleichs wird im ersten oder zweiten Jahr der grundständigen Studiengänge ansonsten nicht angeboten.
- Vorbereitung der Juristen auf Tätigkeiten in erster Linie in den Ländern der Europäischen Union, aber auch an vielen anderen Orten dank eines gründlichen Wissens über Sprache, Kultur sowie Rechtssystem der Staaten, in denen Spanisch oder Englisch Muttersprache oder die in der Rechtspraxis verwendete Sprache ist.

Durch beide Bachelor-Studiengänge erwerben die Studierenden praxisrelevante Kompetenzen. Da französische Studierende mit den gesellschaftspolitischen und kulturellen Aspekten der spanischen und lateinamerikanischen Welt in der Regel wenig vertraut sind, ist ein wesentlicher Teil des Curriculums im spanischen Rechts- und Sprachenstudiengang diesen Bereichen gewidmet. Angesichts des gemeinsamen römischen Ursprungs des spanischen und des französischen Zivilgesetzbuchs bietet die

Rechtsterminologie kaum Probleme. Die gesellschaftspolitischen Umstände in englischsprachigen Ländern sind den französischen Studierenden hingegen weitgehend bekannt, doch sind sie angesichts der besonderen Art der angelsächsischen Rechtskultur und ihrer Terminologie in dieser Hinsicht auf eine gezielte Wissensvermittlung angewiesen. In diesem Studiengang liegt der Schwerpunkt also auf letzteren Themengebieten.

Der Studiengang zum **spanischsprachigen Raum** umfasst allgemeine Sprach- und Jurakurse sowie Lehrveranstaltungen zu nationalen und regionalen Einrichtungen und wichtigen aktuellen Entwicklungen in Spanien und Lateinamerika (in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft).

Der Studiengang zum **angelsächsischen Raum** beinhaltet Lehrveranstaltungen zur Allgemeinsprache, Rechtsterminologie und -kultur und zur Landeskunde.

Mobilität: Nach Möglichkeit sollen Juristen aus dem Ausland durch eine Lehrtätigkeit sowohl an den Sprach- als auch an den Juraveranstaltungen beteiligt sein. Im dritten Studienjahr liegt der Schwerpunkt auf kulturellen Aspekten, um die Studierenden auf ihren verpflichtenden ERASMUS-Aufenthalt im letzten Semester vorzubereiten.

C. Bachelor-Studiengang Wirtschaft und Sprache: Spanische Sprache und Landeskunde

2) Ziele

- Befähigung von Wirtschaftswissenschaftlern zur Beherrschung sowohl der Methoden als auch der Logik der klassischen Wirtschaftsanalyse und Vermittlung von Kenntnissen über die diesbezüglichen Konzepte und Funktionsweisen im spanischsprachigen Raum.
- Vorbereitung der Wirtschaftswissenschaftler auf Tätigkeiten in erster Linie in Ländern der Europäischen Union, aber auch an vielen anderen Orten dank eines gründlichen Wissens über die Sprache und Kultur sowie das Wirtschafts- und Rechtssystem der Staaten, in denen Spanisch Muttersprache oder traditionell gesprochene Sprache ist.

Der Studiengang umfasst allgemeine Sprachkurse sowie Lehrveranstaltungen zu nationalen und regionalen Einrichtungen und wichtigen aktuellen Entwicklungen in Spanien und Lateinamerika (in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft).

Mobilität: Wenn möglich sollen Wirtschaftswissenschaftler aus dem Ausland durch eine Lehrtätigkeit an den Sprach- und Wirtschaftsveranstaltungen beteiligt sein. Im dritten Studienjahr liegt der Schwerpunkt auf kulturellen

Aspekten, um die Studierenden auf ihren verpflichtenden ERASMUS-Aufenthalt im letzten Semester vorzubereiten.

Gail F. Taillefer, Université de Toulouse (Sciences Sociales) Juni 2007

Der vorliegende Synthesebericht beruht auf den folgenden Quellen: Aktualisierungen der nationalen Berichte von XXX (*University of???* Irland)???, Elisabeth Lillie (*University of Ulster*, Vereinigtes Königreich), Ian Tudor (*Université Libre de Bruxelles*, Belgien), XXX (*University of Hasselt*, Belgien)???, Gail F. Taillefer (*Université de Toulouse*, Frankreich), Claire Lecointre (*Université de Lille*, Frankreich), Brigitte Forster Vosicki (*Université de Lausanne*, Schweiz)

